

U-Boot-Übergabe an Ägyptens Marine in Kiel 2017

CHRISTIAN CHARISIUS / PICTURE ALLIANCE / DPA

Rüstungsexporte

Blühende Geschäfte

Die geschäftsführende Bundesregierung hat seit der Bundestagswahl Rüstungsexporte im Wert von fast zwei Milliarden Euro genehmigt, mehrere davon an Krisenstaaten. In einer Aufstellung des Wirtschaftsministeriums für die Grünenfraktion listet Staatssekretär Matthias Machnig (SPD) auf, von Anfang Oktober 2017 bis Ende Februar seien Waffenexportgesuche im Wert von insgesamt 1,942 Milliarden Euro positiv beschieden worden. Die größten Exporte betrafen mit rund 285 Millionen Euro Ägypten, dahinter folgen Algerien mit rund 261 Millionen Euro sowie die USA. Ebenfalls genehmigt wurden Deals mit Indien, Katar und Pakistan. Noch im Januar hatte die geschäftsführende Regierung erklärt, die „Beratung kritischer Vorhaben“ der nächsten Regierung überlassen zu wollen. Rüstungsausfuhren in Spannungsgebiete schloss sie vollkommen aus. Die Grünen werfen der geschäftsführenden Regierung wegen der erst jetzt vorgelegten Bilanz bewusste Täuschung vor. „Bei den Rüstungsexportgenehmigungen ist von der versprochenen Zurückhaltung nichts zu erkennen“, sagt die Grünenabgeordnete Katja Keul. mgb

Spionage

Brexit-Deal und Flugdaten gehackt

Die Hacker, die in den vergangenen Monaten das Auswärtige Amt angegriffen haben, interessierten sich für die Verhandlungen der Europäischen Union mit Großbritannien zum Brexit. Ein entsprechendes Protokoll befand sich unter den mindestens sechs entwendeten Dokumenten – ebenso wie Aufzeichnungen über EU-Gespräche zur Ukraine und zu Weißrussland. Sicherheitsbehörden machen die Hackergruppe Turla und ihre Kampagne „Snake“ für den Angriff verantwortlich und sehen eine Verbindung mit dem russischen Geheimdienst FSB. Experten des russischen IT-Sicherheitsunternehmens Kaspersky Lab haben derweil herausgefunden, dass russischsprachige Hackergruppen sich einen regelrechten Wettbewerb um ihre Opfer liefern. Das treffe insbesondere auf die Gruppierungen Turla und APT28 („Fancy Bear“) zu. Den Wettbewerb um gemeinsame Ziele konnte Kaspersky bei Regierungsrechnern und Militäreinrichtungen in Asien nachweisen.

„Fancy Bear“ soll auch hinter dem Bundestags-Hack im Jahr 2015 stecken, bei dem rund 16 Gigabyte an Daten gestohlen wurden. Ein weiterer Hackerangriff traf das Bundesverwaltungsamt, wo am Donnerstag das „Passenger Name Record System“ (PNR) für die Übermittlung von Fluggastdaten abgeschaltet werden musste. Nach einer EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung müssen Fluggesellschaften ab Mai für jeden Passagier 20 persönliche Informationen an die Behörden leiten. Die Informationen werden fünf Jahre lang gespeichert und bei Bedarf zwischen den EU-Staaten ausgetauscht. Das PNR-System befand sich kurz vor der Einführung in der Erprobungsphase. aul, kno, mba, rom

Grüne

Ministerium für Pflege?

In einem Brief an Kanzlerin Angela Merkel fordert Kordula Schulz-Asche, pflegepolitische Sprecherin der Grünen, die Umbenennung des Gesundheitsministeriums. „Um dem Stellenwert der Pflege gerecht zu werden, fordere ich Sie auf, Pflege in den Titel des Ministeriums aufzunehmen“, schreibt die Politikerin. Der Pflegeberuf brauche dringend mehr Anerkennung. Rund 2,9 Millionen Menschen in Deutschland seien pflegebedürftig, so Schulz-Asche. Die von Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarten 8000 Stellen für ein Pflegeprogramm hält sie für unzureichend: „Der Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften ist weitaus größer.“ Die Grünen schlagen in ihrem Sofortprogramm vor, 25 000 Stellen zu finanzieren. akm

Gerichte

Zu lange Prozesse

Die Deutschen ärgern sich über zu lange Gerichtsverfahren. 77 Prozent der Bürger halten die Gerichte für überlastet, wie eine Umfrage der Roland Rechtsschutz-Versicherung unter 1443 Deutschen ergab. 83 Prozent der Befragten finden, dass Verfahren zu lange dauern. Diese Werte sind deutlich höher als 2010, als der „Roland Rechtsreport“ erstmals erschien. Der Deutsche Richterbund (DRB) fordert eine rasche Reaktion der Justizpolitik. „Es ist ein Alarmsignal, wenn immer mehr Menschen die Justiz als zu langsam wahrnehmen“, sagt DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn. „Die Große Koalition tut gut daran, die Probleme durch einen Rechtsstaatspakt von Bund und Ländern in Angriff zu nehmen.“ Im Koalitionsvertrag sind 2000 neue Stellen in der Justiz vereinbart. ama